

**CHRISTINE LAGARDE** Die französische Finanzministerin über den Zustand der EU, die Rettung des Euro, das Schweizer Bankgeheimnis, die bilateralen Beziehungen, den Sinn des WEF - und ihre Bienen.

INTERVIEW: PASCAL IHLE

Sie gelten als ausgezeichnete Köchin.

**Christine Lagarde:** Ich liebe es, zu kochen. Warum?

Finden Sie überhaupt noch Zeit dazu?

Lagarde: Ich versuche es, so oft ich kann am Wochenende. Meine Spezialität sind Quiches, Konfitüren und insbesondere die Gelées, deren Herstellung etwas schwieriger ist als Konfitüren.

Schenken Sie Ihren politischen Gegnern gelegentlich eine selber gemacht Konfitüre, um sie sanfter zu stimmen?

Lagarde (lacht): Nein, nein. Aber es ist schon vorgekommen, dass ich einem Kollegen, mit dem ich eine persönlichere Beziehung habe, einen Topf Honig aus meinem Garten schenke. In meinem Haus in der Normandie habe ich auch Bienen.

Wen beschenken Sie zuletzt?

Lagarde: Ich glaube es war Wolfgang. Ja, Wolfgang Schäuble. Ich werde auch einen Topf Honig mit nach Davos ans Weltwirtschaftsforum nehmen und ihn der Schweizer Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf überreichen.

Das tönt alles sehr harmonisch. Doch als ehemalige Synchronschwimmerin, die französische Vizemeisterin wurde, müssen Sie sehr frustriert sein über das mangelhafte Zusammenspiel der europäischen Finanzminister.

Lagarde: Bevor die Synchronisation perfekt funktioniert, braucht es eine strenge und ausdauernde Vorbereitungsarbeit. Jedes Mitglied der Mannschaft muss hart an sich arbeiten und sich technisch kontinuierlich verbessern. Nur so nähert man sich der Synchronisation.

Davon ist die EU noch weit entfernt.

Lagarde: Es stimmt, dass unsere Arbeiten an der Euro-Zone und am Wachstums- und Stabilitätspakt noch nicht synchron wirken. Wir sind in der Vorbereitungsphase. Jedes EU-Mitglied muss seine Situation individuell verbessern und seinen öffentlichen Haushalt, seine Defizite, seine Schulden und seine Wettbewerbsfähigkeit in den Griff bekommen. Und jedes Land muss Zukunftsstrategien ausarbeiten. Die Synchronisation ist keine natürliche Bewegung, man muss hart daran arbeiten.

Das letzte Treffen der 27 EU-Finanzminister in Brüssel erweckte aber den Eindruck, Ihre Kollegen begnügten sich in der Rolle als Rettungsschwimmer. Sie wollen gar nie Synchronschwimmer werden.

Lagarde: Vergessen Sie nicht, wir haben in den letzten Monaten einige Rettungsarbeiten machen müssen, und die sind ganz gut geglückt.

Sicher?

Lagarde: Bis jetzt ist noch kein EU-Mitgliedstaat ertrunken.

Wird das so bleiben?

Lagarde: Selbstverständlich. Die Aufgabe eines Rettungsschwimmers besteht darin, Leben zu retten. Das haben wir gemacht und werden wir auch in Zukunft tun.

Der Euro wird nicht untergehen?

Lagarde: Selbstverständlich nicht!

Die Märkte sind nicht unisono vom Überleben des Euro überzeugt.

Lagarde: Ich bin nicht der Markt. Jeder Ökonom, jeder Analyst hat seine Theorien und seine Ansichten. Meine tiefe Überzeugung ist, dass die EU-Staaten alles unternehmen werden, um die Euro-Zone zu retten.

Zurzeit ist unter den Regierungschefs und den Finanzministern ein Streit darüber entbrannt, ob und um wie viel der EU-Rettungsfonds aufgestockt werden soll.

Lagarde: Wir befinden uns gegenwärtig in der technischen Vorbereitungsphase. Die EU-Staaten müssen ihre eigenen Stärken und Schwächen, ihre Möglichkeiten und Grenzen analysieren und offenlegen. Erst dann kann ein gemeinsamer Rettungsschirm definiert werden.

Dauert dieser Prozess nicht viel zu lange?

**Selbst EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hätte sich früher eine verbindliche Zusage gewünscht.**

Lagarde: Für Beobachter, die Medien und die breite Öffentlichkeit, die gerne schneller Resultate sähen, ist dieser Prozess sicher frustrierend. Ich bin jedoch glücklich, dass wir in diesem Tempo vorwärtskommen.

Das klingt nach Zueckoptimismus.

Lagarde: Überhaupt nicht. Die Synchronisation in der Euro-Zone ist absolut keine sinnlose Übung. Im Gegenteil, wir sind dabei, die Wirtschafts- und Fiskalpolitik sowie den Euro auf ein neues Fundament zu stellen. Diese Arbeit ist essentiell und zukunftsweisend, deshalb bin ich gegen öffentlichkeitswirksame Schnellschüsse.

Sind denn wirklich alle EU-Staaten bereit, ihre Fundamente neu zu bauen, um den Euro zu retten?

Lagarde: Ja, absolut. Der Euro ist unser gemeinsames Gut. Die gemeinsame Währung strukturiert unsere monetäre Politik und ermöglicht den Handel zwischen den

# «Der Euro ist unser gemeinsames Gut»

## «Wir sind dabei, die Wirtschafts- und Fiskalpolitik auf ein neues Fundament zu stellen.»

Mitgliedstaaten. Der Euro ist der Kitt zwischen uns EU-Mitgliedstaaten.

Wie schlimm ist der wirtschaftliche Zustand der Euro-Zone?

Lagarde: Die Situation ist nicht schlimm. Die EU benötigt ein paar tiefgreifende Anpassungen sowie einen starken gemeinsamen politischen Willen, diese Reformen auch wirklich durchzuführen. Vor zehn Jahren führten die europäischen Staaten den Euro als gemeinsame Währung ein, und zwar aus Überzeugung. Der Start glückte, die Wirtschaft brummte, sodass sich die Euro-Staaten zu wenig mit den wirtschaftlichen und fiskalpolitischen Grundlagen der Euro-Zone befassten. Die Disziplin liess nach, die EU-Mitgliedstaaten nahmen es mit den Regeln und Prinzipien nicht mehr so ernst und liessen die wirtschaftliche Kluft untereinander grösser werden – so in der Budgetpolitik, in der Fiskalpolitik und in der Wettbewerbsfähigkeit. Das sind gegenwärtig unsere drei Bausteine. Die EU muss – und daran arbeiten wir mit Hochdruck – ihre

Wirtschafts- und Fiskalpolitik stärker koordinieren. Nur so erlangt der Euro die notwendige Stabilität zurück.

Ist der politische Wille, den Sie beschreiben, wirklich vorhanden?

Lagarde: Es gibt keinen anderen Weg. Die Not hat die EU dazu gezwungen. Als sich Irland in Schiefelage befand, mussten wir automatisch unsere Mechanismen überdenken. Jetzt, wo die Staaten wirtschaftlich so stark auseinandergedriftet sind, mussten wir den Mechanismus des europäischen Stabilitätspakts installieren, der angeschlagenen Staaten finanziell hilft.

Reicht ein neuer Mechanismus? Braucht es nicht viel mehr eine gemeinsame Europäische Regierung, die die Wirtschafts- und Fiskalpolitik koordiniert?

Lagarde: Ich bin überzeugt, dass wir noch viel stärker in Richtung Koordination gehen werden. Wie die Behörde heissen wird, welche Aufgaben sie konkret hat, müssen wir zunächst erarbeiten. Was aber jetzt schon klar ist: Jedes EU-Land wird die Hoheit über seine Budgets und Finanzen beibehalten. Unsere Aufgabe ist es, das richtige Gleichgewicht zu finden zwischen starker europäischer Koordination und nationaler, souveräner Ausgestaltung.

Das hört sich nach einem Philosophiewechsel an. Bis anhin reagierte die EU – jetzt will sie wirtschaftspolitisch agieren.

Lagarde: Das trifft zu. Wir wollen und müssen Entwicklungen stärker vorwegnehmen und berechenbarer machen. Auch wenn das Defizit eines Landes 2 Prozent anstelle der Obergrenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht, heisst dies nicht, dass dieses Land um eine vertiefte wirtschaftliche Analyse herkommt.

Wenn die EU eine gemeinsame Wirtschaftspolitik betreiben will, muss sie über den aktuellen Zustand sämtlicher Staaten detailliert im Bild sein.

Ist Frankreich überhaupt bereit dazu, wirtschaftspolitische Souveränität abzugeben?

Lagarde: Wir diskutieren zurzeit, im Rahmen der Gruppe um Herman Van Rompuy, den ständigen Präsidenten des Europäischen Rats, gemeinsame wirtschafts-

politische Ziele und Indikatoren zu definieren. Nur so erlangt der Euro die notwendige Stabilität zurück.

Das hört sich nach einem Philosophiewechsel an. Bis anhin reagierte die EU – jetzt will sie wirtschaftspolitisch agieren.

Lagarde: Das trifft zu. Wir wollen und müssen Entwicklungen stärker vorwegnehmen und berechenbarer machen. Auch wenn das Defizit eines Landes 2 Prozent anstelle der Obergrenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht, heisst dies nicht, dass dieses Land um eine vertiefte wirtschaftliche Analyse herkommt.

Wenn die EU eine gemeinsame Wirtschaftspolitik betreiben will, muss sie über den aktuellen Zustand sämtlicher Staaten detailliert im Bild sein.

Ist Frankreich überhaupt bereit dazu, wirtschaftspolitische Souveränität abzugeben?

Lagarde: Wir diskutieren zurzeit, im Rahmen der Gruppe um Herman Van Rompuy, den ständigen Präsidenten des Europäischen Rats, gemeinsame wirtschafts-

politische Ziele und Indikatoren zu definieren. Nur so erlangt der Euro die notwendige Stabilität zurück.

Das wäre auch in den Maastrichter Verträgen vorgeschrieben gewesen. Nur fehlten jegliche Sanktionsmöglichkeiten, was die Euro-Staaten, allen voran Griechenland, ausgenutzt haben.

Lagarde: Das ist der dritte Vorschlag, den wir den Staatschefs unterbreiten. Missachtet ein EU-Mitgliedstaat die Vorgaben, dann gibt es harte Sanktionsmöglichkeiten.

Was die EU dann auch durchzieht.

Lagarde: Das müssen wir, wenn die EU auf ein neues solides Fundament gestellt werden soll. Alle müssen sich an die gleichen Regeln halten.

Das hört sich nach einem Philosophiewechsel an. Bis anhin reagierte die EU – jetzt will sie wirtschaftspolitisch agieren.

Lagarde: Das trifft zu. Wir wollen und müssen Entwicklungen stärker vorwegnehmen und berechenbarer machen. Auch wenn das Defizit eines Landes 2 Prozent anstelle der Obergrenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht, heisst dies nicht, dass dieses Land um eine vertiefte wirtschaftliche Analyse herkommt.

Wenn die EU eine gemeinsame Wirtschaftspolitik betreiben will, muss sie über den aktuellen Zustand sämtlicher Staaten detailliert im Bild sein.

Ist Frankreich überhaupt bereit dazu, wirtschaftspolitische Souveränität abzugeben?

Lagarde: Wir diskutieren zurzeit, im Rahmen der Gruppe um Herman Van Rompuy, den ständigen Präsidenten des Europäischen Rats, gemeinsame wirtschafts-

politische Ziele und Indikatoren zu definieren. Nur so erlangt der Euro die notwendige Stabilität zurück.

Das hört sich nach einem Philosophiewechsel an. Bis anhin reagierte die EU – jetzt will sie wirtschaftspolitisch agieren.

Lagarde: Das trifft zu. Wir wollen und müssen Entwicklungen stärker vorwegnehmen und berechenbarer machen. Auch wenn das Defizit eines Landes 2 Prozent anstelle der Obergrenze von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreicht, heisst dies nicht, dass dieses Land um eine vertiefte wirtschaftliche Analyse herkommt.

Wenn die EU eine gemeinsame Wirtschaftspolitik betreiben will, muss sie über den aktuellen Zustand sämtlicher Staaten detailliert im Bild sein.

Ist Frankreich überhaupt bereit dazu, wirtschaftspolitische Souveränität abzugeben?

Lagarde: Wir diskutieren zurzeit, im Rahmen der Gruppe um Herman Van Rompuy, den ständigen Präsidenten des Europäischen Rats, gemeinsame wirtschafts-

Die französische Finanzministerin Christine Lagarde: «Glauben Sie, dass die Schweiz eines Tages der EU beitreten wird?»

### ZUR PERSON

**Name:** Christine Lagarde

**Funktion:** Wirtschafts- und Finanzministerin Frankreichs

**Alter:** 55

**Wohnort:** Paris

**Familie:** Zwei erwachsene Söhne  
**Ausbildung:** Studium der Amerikanistik, der Ökonomie und der Rechtswissenschaften, Anwältin

**Karriere:** 1981: Eintritt in die international tätige Wirtschaftskanzlei Baker & McKenzie 1999: «Madame Chairman» von Baker & McKenzie

2005: Wechsel in die Politik, beigeordnete Ministerin für Aussenhandel unter Präsident Chirac 2007: Ministerin für Landwirtschaft und Fischerei unter Präsident Sarkozy Seit 2007: Ministerin für Wirtschaft und Finanzen

**Einflussreich** Lagarde ist eine Ausnahmeerscheinung in der französischen Regierung. Bis 2005 dirigierte sie von Chicago aus eine der weltgrössten Kanzleien. 2007 wurde sie Frankreichs erste Wirtschaftsministerin. Die «Financial Times» kürte Lagarde 2009 zum besten Finanzminister der Euro-Zone.



Sie sagen, Deutschland kann ein Vorbild für Frankreich sein. Deutschland hat gestohlene CD mit Kundendaten von

nermassen etwas schwieriger, weil die Finanzen im Vordergrund stehen. Aber vergessen wir nicht, es geht um die Stabilität, um die Zukunft der EU – das ist ein grosses Vorhaben.

Wie sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich?

Lagarde: Sie sind sehr dicht und intensiv. Ich habe wöchentlich Kontakt mit meinem deutschen Kollegen Wolfgang Schäuble...

... Sie beide gelten als Dreamteam...

Lagarde: Schön, das zu hören, denn ich schätze Wolfgang ausserordentlich. Unsere beiden Administrationen arbeiten enger zusammen, tauschen Analysen und Einschätzungen aus.

Ihre Kritik vor einem Jahr in der «Financial Times» an der Exportlokomotive Deutschland passt aber nicht ins Bild der totalen Harmonie.

Lagarde: Man hat meine damaligen Aussagen aus dem Zusammenhang gerissen und falsch wiedergegeben. Was ich damals sagte, war, dass der Abstand zwischen jenen EU-Staaten, die Handelsdefizite produzieren, und den Exportationen laufend grösser wird. Deshalb müssten beide Gegenmassnahmen ergreifen. Daraus wurde die Schlagzelle produziert: «Frankreich erteilt Deutschland eine Lektion.» Deutschlands Wirtschaft ist sehr wettbewerbsfähig. Das ist doch wunderbar. Warum sollte ich das kritisieren?

Müsste nicht viel eher Deutschland Ihrem Land eine Lektion erteilen?

Lagarde: Wir lernen alle voneinander. Wir von Deutschland, und Deutschland von uns. Punkto Produktivität und Industrieleistung können wir tatsächlich einiges von Deutschland lernen.

Man hat das Gefühl, Deutschland sei zur Zeit das Vorbild schlechthin.

Lagarde: Frankreich kann und darf nicht eine Kopie oder ein Klon Deutschlands werden. Wir müssen uns gegenseitig bereichern. Unsere Luxusgüterindustrie wird immer anders sein als jene Deutschlands. Die deutsche Maschinenindustrie unterscheidet sich grundsätzlich von unserer. Es gibt Weltmarktführer und Champions auf beiden Seiten des Rheins.

Sie sagen, Deutschland kann ein Vorbild für Frankreich sein. Deutschland hat gestohlene CD mit Kundendaten von

## «Die Schweiz ist bereits Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums.»

Schweizer Banken gekauft und damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Werden Sie in diesem Punkt Deutschland kopieren?

Lagarde: Wir haben unsere Arbeit gemacht und die Steuerdossiers regularisiert. Dadurch haben wir im Jahr 2010 rund 1 Milliarde Euro Steuern eingenommen.

Würde Ihnen eine CD angeboten, würden Sie sie kaufen?

Lagarde: Wir werden in unseren Anstrengungen nicht nachlassen und alle zur Verfügung stehenden, legalen Mittel nutzen.

Auch den Kauf einer CD?

Lagarde: Dazu sage ich Ihnen nichts. Es existiert ein Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Frankreich und der Schweiz, das revidiert wurde, um die Amtshilfe bei Steuerdelikten auf den neuesten Stand zu bringen. Ich habe selber am Dossier mitgearbeitet und bin zufrieden mit dem Resultat.

Zwischen Deutschland und der Schweiz wird eine Abgeltungssteuer diskutiert für nicht deklariertes Geld. Ist das eine Option für Frankreich?

Lagarde: Wir verfolgen die Verhandlungen mit Interesse. Doch entspricht die Abgeltungssteuer nicht unserer Logik. Wir bevorzugen den direkten Austausch von Informationen.

Also den automatischen Informationsaustausch von Bankkundendaten.

Lagarde: Für uns gibt es nur diesen Weg des direkten Informationsaustausches. Falls Deutschland und Grossbritannien die Abgeltungssteuer zustimmen, gehen Sie in der EU auf Oppositionskurs? Lagarde: Das habe ich nicht gesagt. Wir verfolgen wie gesagt die Diskussionen, doch unser Ziel bleibt der automatische Informationsaustausch.

## «Die Abgeltungssteuer entspricht nicht unserer Logik. Unser Ziel bleibt der automatische Informationsaustausch.»

Der internationale Standard der OECD, der in begründeten Fällen Amtshilfe bei Steuerbetrug und neu auch bei Steuerhinterziehung gewährt, genügt Ihnen nicht.

Lagarde: Frankreich hat sich in der EU schon immer für den automatischen Informationsaustausch stark gemacht. Leider wurde er nicht umgesetzt, weil sich Österreich und Luxemburg widersetzen. Ich hoffe, dass wir dieses Ziel eines Tages dennoch erreichen werden.

Werden Sie Österreich und Luxemburg unter Druck setzen?

Lagarde: Darauf antworte ich nicht.

Also doch.

Lagarde: Ich sage nichts. Wie die beiden EU-Staaten zum Bankgeheimnis und zum automatischen Informationsaustausch stehen, müssen Sie die jeweiligen Staatschefs und Finanzminister fragen.

Eine weitere steuerliche Dissonanz zwischen der Schweiz und der EU gibt es in der Besteuerung ausländischer Holdinggesellschaften in der Schweiz. Wie sähe Ihrer Meinung nach eine Lösung aus?

Lagarde: Meiner Meinung nach müssen die Diskussionen in grösstmöglicher Harmonie weitergeführt werden. Wobei das Ziel klar sein muss: Die steuerlichen Ungleichgewichte müssen ins Lot gebracht werden.

Die EU zeigt sich ungeduldig und erwartet von der Schweiz klare Lösungsvorschläge.

Lagarde: Es sind keine einfachen Diskussionen.

Beim Bankgeheimnis setzte die OCED, unter Mithilfe der EU, die Schweiz auf eine graue Liste und knackte das Bankgeheimnis. Ist im Steuerrecht ein ähnliches Vorgehen zu erwarten?

Lagarde: Nein, es ist überhaupt nicht die Rede von einer grauen Liste.

Wie beurteilen Sie die Beziehungen zwischen Frankreich und der Schweiz?

Lagarde: Sie sind hervorragend. Der wirtschaftliche Austausch ist intensiv, die Diskussionen auf politischer und ministerieller Ebene sind stets konstruktiv. Das habe ich jetzt wieder bei der Neuaushandlung des Doppelbesteuerungsabkommens erfahren.

Und wie sehen Sie die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU?

Lagarde: Glauben Sie, dass die Schweiz eines Tages der EU beitreten wird?

Das dürfte in den nächsten Jahren sehr schwierig werden.

Lagarde: Die Schweiz hat eine schöne Währung. Mir scheint wichtig, dass die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und anderen Staaten wie der Schweiz auf einem Gleichgewicht beruhen. Beide Seite müssen voneinander profitieren. Es geht nicht, dass eine Seite sämtliche Vorteile geniess, aber keine Nachteile in Kauf nimmt.

Sehen Sie die Schweiz als Rosinenpickerin?

Lagarde: Nein. Das habe ich überhaupt nicht andeuten wollen. Mir geht es um ein Prinzip, das für alle gelten soll. Die Beziehungen zwischen den Staaten und den Regionen dieser Welt müssen stets ausgeglichen sein.

Müsste sich die Schweiz intensiver mit der EU solidarisieren?

Lagarde: Warum sollte man das nicht näher prüfen? Die EU ist ein schöner Wirtschaftsraum. Natürlich weiss ich, dass die Neutralität, die Unabhängigkeit und die

direkte Demokratie stark im schweizerischen Bewusstsein verankert sind. Das muss man respektieren.

Müsste Ihrer Meinung nach die Schweiz Mitglied der EU werden?

Lagarde: Die Schweiz ist bereits Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums.

Die Mitgliedschaft in der EU wäre der logische Schritt.

Lagarde: Da kann ich nur sagen: Herzlich willkommen im Klub! Doch es liegt an den Schweizern, darüber zu befinden, nicht an mir.

Der bisherige bilaterale Weg ist steinig und angesichts der vielen Verträge komplex geworden. Brüssel setzt die Schweiz unter Druck, um die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU auf eine neue Grundlage zu stellen.

Lagarde: Den Zeitpunkt, sich mit dieser Frage zu befassen, erachte ich als ungünstig. Wir haben in der EU gegenwärtig derart viele Probleme zu lösen, dass wir unsere Kräfte und Ressourcen lieber darauf verwenden sollten, als uns mit den bilateralen Verträgen zu befassen.

Zuerst sollte die EU ihre Hausaufgaben machen.

Lagarde: Genau. Nicht nur die EU, sondern auch die G20.

Und das Weltwirtschaftsforum in Davos, müsste es nicht auch seine Hausaufgaben machen? Das diesjährige Motto lautet «shared norms for the new reality» und hört sich einmal mehr wie eine Utopie an.

Lagarde: Auch wenn es nur eine Utopie ist – es ist wichtig, dass es einen Ort wie das WEF gibt, wo sich all die verschiedenen Akteure des öffentlichen und privaten Lebens treffen. Wir müssen die Träume erkunden und Wege in die Realität finden. Vielleicht brauchen wir heute Utopien dringender als sonst.

Ist es nicht frustrierend, dass an solchen Orten der Utopien, wo die grössten Wirtschaftsführer, Politiker und Philosophen zusammenkommen, Krisen nicht vorausgesagt, geschweige denn verhindert werden?

Lagarde: Das Prinzip von Krisen liegt darin, dass wir sie nicht voraussehen können. Die Ambition des WEF liegt darin, Utopien aufzuzeigen. Das WEF ist in erster Linie ein Ort des Zusammenkommens. Und wie hat Churchill treffend formuliert: «It is better to jaw than to war war.» Solange Menschen zusammen sind, diskutieren sie, tauschen sich aus und, wer weiss, träumen gemeinsam. Wenn daraus Utopien entstehen, umso besser.

Werden Sie sich in Davos eine kleine Auszeit nehmen und sich von den Bündner Bergen inspirieren lassen?

Lagarde: Leider wird das nicht möglich sein. Ich will aber am Sonntagmittag auf die Schatzalp picknicken gehen und das wunderbare Panorama geniessen.

Sie sind französische Finanzministerin, Feuerlöscherin in der EU, sie pendeln zwischen den Metropolen dieser Welt, treffen allerlei Regierungsvertreter, Unternehmer.

Wie tanken Sie die nötige Energie? Lagarde: Das weiss ich nicht so genau. Ich versuche, ein ausgeglichenes Leben zu führen, trinke keinen Alkohol, rauche nicht und ernähre mich gesund. Ich wache jeden Morgen auf und sage mir, welch ungläubliches Glück ich habe, dass ich gesund bin und keinem grösseren Unglück ausgesetzt bin. Dadurch trage ich die Verantwortung, mich für jene Menschen einzusetzen, die dieses Privileg, dieses Glück nicht haben.



Finanzministerin Lagarde, «Handelszeitung»-Redaktor Ihle: «Ja, Wolfgang Schäuble.»